



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Gruppe SPD/ Bolmerg, CDU Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Datum: 02.03.2021	Antrag	2021/099
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Änderungsantrag der Gruppe SPD/Bolmerg, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26.02.2021, Resolution - Landkreis Lüneburg zum sicheren Hafen

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
N		Kreisausschuss
Ö	11.03.2021	Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

1. Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen im Mittelmeer und auf den griechischen Inseln einzusetzen, sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen.
2. Der Kreistag fordert von der Bundesregierung und den europäischen Staaten die sofortige Auflösung des Lagers Moria und der anderen Lager auf den Inseln in der Ägäis. Die Schutzsuchenden müssen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sicher und menschenwürdig untergebracht werden. Sie müssen Zugang zu fairen Asylverfahren sowie rechtlicher Beratung haben. Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden.
3. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und der Offenheit unseres Landkreises und ihrer Bewohner zu setzen, deklariert der Kreistag den Landkreis zum „Sicheren Hafen“. Dies bedeutet: Der Landkreis ist bereit, Geflüchtete im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren. Dies gilt auch für in Seenot Geratene. Die Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Niedersachsen hergestellt.

4. Der Kreistag appelliert an die europäische Staatengemeinschaft, ihre Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung und der sofortigen Hilfe für die Geflüchteten auf den griechischen Inseln gerecht zu werden.

Der Kreistag fordert in diesem Zusammenhang die Vertreterinnen und Vertreter im Bundestag und im Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Sachlage:

Der Lüneburger Kreistag bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg und Verfolgung und anderen Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen.

Im Landkreis Lüneburg wurden dank der Unterstützung zahlreicher Bürger*innen in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und dies wird auch in Zukunft so sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.